

Begründung:

Die Einnahmeverluste im ÖPNV auf Grund Corona sind gravierend. Für die Verkehrsunternehmen besteht Handlungsbedarf, der nicht durch weiter steigende Fahrpreise kompensiert werden darf, wenn alle Beteiligten Klimaschutz und Verkehrswende ernstnehmen. Die Eigentümer der Verkehrsunternehmen – sprich die kommunalen Gebietskörperschaften müssen sich zu den Zukunftsfragen des ÖPNVs klar positionieren. Schon heute zählt der VRS zu den teuersten Verbünden in Deutschland. Weitere Fahrpreiserhöhung sind daher abzulehnen. Wir sehen insbesondere Land und Bund in der Verpflichtung diese Verluste auszugleichen.

Darüber hinaus müssen die Verkehrsunternehmen neue Tarifmodelle entwickeln. Dies umfasst insbesondere ein 365 € - Ticket , ein Bürger:innen – Ticket sowie ein alternatives JobTicket – Angebot, dass Home-Office Lösungen berücksichtigt.